



Betreff: öffentlich
Bericht über das Programm zu 10 Jahren Eingemeindung im Jahr 2013

bezüglich
DS Nr.: 12/SVV/0255, 12/SVV/0717, 13/SVV/0069,13/SVV/0258

Erstellungsdatum	27.03.2014
Eingang 922:	27.03.2014

Einreicher: FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

02.04.2014	Stadtverordnetenversammlung
------------	-----------------------------

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Bericht über die Umsetzung des Programms zu 10 Jahren Eingemeindung im Jahr 2013 (Anlage 1).

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Anlage 1

Bericht über die Umsetzung des Programms zu 10 Jahren Eingemeindung im Jahr 2013

Mit der Mitteilungsvorlage 13/SVV/0069 informiert der Oberbürgermeister die Stadtverordnetenversammlung über das Programm zu 10 Jahren Eingemeindung im Jahr 2013. Das Programm war zuvor mit den Ortsvorstehern am 20.12.2012 abgestimmt.

Als einzelne Programmpunkte wurden vereinbart:

- Präsentation von Ausstellern aus den neuen Ortsteilen auf der „Grünen Woche“
- Publikation „Willkommen in Potsdams ländlichem Raum“
- Aufwertung der Ortsteile auf der Homepage der Landeshauptstadt
- Unternehmensbesuche des Oberbürgermeisters in den Ortsteilen
- Vorstellung der Ortsteile in der Zeitschrift „friedrich“
- Vortragsreihe „Potsdamer Köpfe“ in den Ortsteilen
- Filme aus den Ortsteilen in den Ortsteilen
- Angebot an ländliche Produzenten, sich am „Wissenschaftspicknick“ zu beteiligen
- 700 Jahrfeier Marquardt mit Präsentation aller Ortsteile
- 700 Jahrfeier Uetz
- Einweihung des „Mittelpunktes des Landes Brandenburg“
- „Kommunalpolitischer Tag“ über die Zukunft der Ortsteile
- Besuche des Oberbürgermeisters in den Ortsteilen

Für die Umsetzung des Programms wurden rund 96.500 € aufgewandt.

Mit Beschluss 13/SVV/0258 wurde der Oberbürgermeister aufgefordert, über seine Besuche in den Ortsteilen eine Information zu geben und erste Auswertungen der in den Vor-Ort-Gesprächen vorgetragenen Anregungen und Probleme vorzunehmen.

Präsentation von Ausstellern aus den neuen Ortsteilen auf der „Grünen Woche“

Zum 6. Mal hat sich die Landeshauptstadt an der Internationalen Grüne Woche (IGW) in Berlin beteiligt. In der Brandenburg-Halle konnten sich vom 17. bis 26. Januar insgesamt 17 Partner aus Potsdam – vor allem aus dem ländlichen Raum der Landeshauptstadt – am Stand „Potsdams ländlichen Raum entdecken und genießen“ präsentieren.

Ziel ist es, den Bekanntheitsgrad der Unternehmen zu erhöhen, zusätzliche Gäste in den ländlichen Raum zu locken und nicht zuletzt neue Kunden für regionale Produkte zu gewinnen.

Für den Messeauftritt und den speziellen Flyer für die IGW hat die Stadtverwaltung 2013 erneut rund 15.000 € eingesetzt.

Publikation „Willkommen in Potsdams ländlichem Raum“

Um den Bekanntheitsgrad des ländlichen Raums zu erhöhen und über die Besonderheiten zu informieren, hat die Stadtverwaltung am Beginn des Jahres 2013 den Flyer „Willkommen im ländlichen Raum“ herausgegeben. Er konnte auf der „Grünen Woche“ in Berlin und bei anderen Messen und Gelegenheiten auf das Jubiläum der Eingemeindung hinweisen und auf Potsdams ländlichen Raum neugierig machen. Der Flyer lag außerdem in öffentlichen Einrichtungen der Landeshauptstadt aus.

Aufwertung der Ortsteile auf der Homepage der Landeshauptstadt

Die Ortsteile haben die Möglichkeit, auf der Homepage der Landeshauptstadt eine eigene Seite unter der Rubrik „Leben in Potsdam“ mit Inhalten zu füllen und damit auf Sehenswürdigkeiten und Aktivitäten sowie die Ortsgeschichte hinzuweisen.

Mitte März 2014 ist die neu gestaltete und verbesserte Homepage der Landeshauptstadt gestartet. Dort werden die Ortsteile nun auch auf der Startseite präsentiert und als gleichwertiges touristisches Ziel vermarktet.

Unternehmensbesuche des Oberbürgermeisters in den Ortsteilen

Die Unternehmensbesuche wurden zum Teil mit den Besuchen des Oberbürgermeisters terminlich verbunden. So besuchte der Oberbürgermeister am 16.04.2013 die Firma K+S Schweißtechnik in Neu Fahrland, am 14.11.2013 die Märkische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft in Golm und am 05.11.2013 das IT-Unternehmer Steffen Lorenz in Groß Glienicke.

Am 26.09.2013 informierte sich der Oberbürgermeister über die Arbeit der Firma RIPAC Labor in Golm und am 18.11.2013 besuchte er die TEGLa-Transport, Entsorgung, Garten-und Landschaftsbau GmbH in Grube.

Vorstellung der Ortsteile in der Zeitschrift „friedrich“

Die Ortsteile wurden in den Monatsausgaben der Zeitschrift „friedrich“ als touristisches Ziel nacheinander vorgestellt. Es wurden die Sehenswürdigkeiten der Ortsteile oder Besonderheiten dargestellt, die zum entdecken einladen. Außerdem wurden aktuelle Termine in den Ortsteilen angekündigt. Für die Anzeigenkampagne hat die Landeshauptstadt rund 15.000 € aus dem Bereich Marketing eingesetzt.

Vortragsreihe „Potsdamer Köpfe“ in den Ortsteilen

Am 20. November 2013 fand in der Reihe „Potsdamer Köpfe vor Ort“ ein Vortrag von Prof. Dr. Christoph Kleßmann über Rudi Goguel „Der unbekannte Moorsoldat“ im Begegnungshaus Groß Glienicke statt.

Filme aus den Ortsteilen in den Ortsteilen

Von Mai bis Dezember 2013 fanden unter dem Motto „Land in Sicht“ insgesamt neun Filmvorführungen in den Ortsteilen statt, veranstaltet vom Filmmuseum und der Landeshauptstadt, unterstützt vom Bundesarchiv und der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung.

Dabei wurden Filme ausgewählt, die in den entsprechenden Ortsteilen gefilmt worden waren. Zur Bewerbung der Filmreihe gab die Landeshauptstadt mit dem Filmmuseum einen Flyer heraus. Aufgrund der guten Resonanz wollen einige Ortsteile im Jahr 2014 erneut Filme zeigen.

Angebot an ländliche Produzenten, sich am „Wissenschaftspicknick“ zu beteiligen

Am 8. Juni 2013 fand der erste Potsdamer Tag der Wissenschaften unter dem Motto "Tausend Fragen, eine Stadt" statt. Die Erzeuger aus den neuen Ortsteilen wurden eingeladen, sich am Standort Neuer Markt zu präsentieren. Idee war die Installation einer "weißen Tafel", an der regionale Produkte angeboten werden sollten. Leider wurde dieses Angebot von Seiten der Erzeuger nicht wahrgenommen. Der Grund dafür war die zeitliche Parallelität zur Brandenburger Landpartie.

700 Jahrfeier Marquardt mit Präsentation aller Ortsteile

Vom 14.-16. Juni 2013 feierte Marquardt sein 700jähriges Bestehen. Begonnen wurde am 14. Juni mit einem Kinderfest und einem Schlossball unter dem Motto „Wie zu Kempinskis Zeiten“. Die Hauptveranstaltung fand am 15. Juni im Gutspark statt. Dabei präsentierten sich auch andere Ortsteile den Besucherinnen und Besuchern. Während eines bunten Programms zeigten u.a. Akteure aus den Ortsteilen, insbesondere aus Marquardt ihr Können oder warben für ihre Produkte. Das Highlight des Abends bildete das Konzert des Filmorchesters Babelsberg mit Filmmusiken als Reminiszenz an Marquardt als Filmort. Am 16. Juni wurde das Fest im Gutspark fortgesetzt und fand mit einem Konzert des Landesjugendblasorchesters Brandenburg seinen Ausklang. Die Jubiläumsveranstaltungen wurden von der Landeshauptstadt als zentrale Veranstaltung zum 10jährigen Jahrestag der Eingemeindung mit rund 27.000 € unterstützt.

700 Jahrfeier Uetz

Am 29. Juni 2013 feierte Uetz sein 700jähriges Bestehen mit einem bunten Programm, das aus den Mitteln des Ortsteils finanziert wurde. Neben Kabarett gab es ein Konzert, eine Fotodokumentation über die Ortsgeschichte, Musik und Tanz sowie traditionelles Handwerk aus Uetz-Paaren und Umgebung. Der Bereich Wirtschaftsförderung unterstützte die Auftritte der Akteure Andreas Schulte & Band, Annette Paul (Schauspielszenerie in historischen Kostümen) und der Double Voices Party- und Eventband im Rahmen des Festprogramms mit insgesamt 2.844 €.

Ein weiterer Höhepunkt war das Martinsfest am 23.11.2013 unter dem Motto „Uetz, das Dorf der Fischer und Könige“.

Einweihung des „Mittelpunktes des Landes Brandenburg“

Der geographische Mittelpunkt befindet sich im Fahrländer See, ca. 35 m vom Nordufer entfernt. Er wurde vor einigen Jahren durch eine Metallstele gekennzeichnet. Im Jahre 2012 erfolgte die Errichtung einer Informationstafel im Böschungsbereich des Nordufers, auf der die verschiedenen Berechnungsmethoden für geographische Mittelpunkte erläutert sind. Es wurden auch Hinweisschilder vor Ort errichtet. Leider musste die im Jahre 2013 geplante Einweihung des geographischen Mittelpunktes des Landes Brandenburg noch einmal zurückgestellt werden, da die Finanzierung des Wanderrastplatzes noch nicht gesichert werden konnte. Das Ministerium für Wirtschaft hatte gefordert, dass der Wanderrastplatz behindertengerecht einschließlich einer Zufahrtsrampe vom Uferweg aus herzustellen ist. Dies war im bisherigen Projekt noch nicht berücksichtigt. Daher muss das Projekt im Jahr 2014 überarbeitet werden und es ist ein neuer Förderantrag vorzubereiten, der diese Auflagen berücksichtigt.

„Kommunalpolitischer Tag“ über die Zukunft der Ortsteile

Auf Anregung des Ortsteils Groß Glienicke fand am 26. Oktober 2013 unter dem Motto „Potsdam – unsere Stadt?“ ein kommunalpolitischer Tag statt, um die Themen und Probleme aus Sicht der Ortsteile zu besprechen und das Zusammenwachsen mit der Landeshauptstadt zu erörtern. Auf dem Podium diskutierten neben dem Oberbürgermeister mehrere Ortsvorsteher, Vertreter der Ortsbeiräte und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung. Wissenschaftler des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam stellten Ergebnisse einer Studie zu den Ortsteilen dar.

Die Eingangsrede des Oberbürgermeisters ist in der Anlage 2 dokumentiert. Im Ergebnis der Diskussion verständigte sich die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 04.12.2013 auf eine Regelung zum Antragsrecht der Ortsvorsteher (13/SVV/0404).

Besuche des Oberbürgermeisters in den Ortsteilen

Besuch in Neu Fahrland am 16.04.2013

Im Gespräch mit dem Ortsbeirat und interessierten Bürgerinnen und Bürgern wurden folgende Themen angesprochen:

ÖPNV-Anbindung

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass durch den Ortsteil 4 Buslinien von und nach Potsdam verkehren sowie mit der Anbindung des Nedlitzer Holzes an das Tram-Netz eine deutliche Verbesserung auch für Neu Fahrland eintreten werde. Außerdem wurde auf die aktuelle Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Nahverkehrskonzeptes hingewiesen, an dem der Ortsbeirat sich beteiligen könne.

Bebauung der Insel Neu Fahrland

Zum Zeitpunkt des Gesprächs war offen, welche weitere Strategie der Insolvenzverwalter verfolgen würde. Inzwischen haben sich die Pläne konkretisiert, sodass eine entsprechende Bauleitplanung auf

den Weg gebracht werden konnte (DS 14/SVV/0251, Aufstellungsbeschluss B-Plan 143 „Westliche Insel Neu Fahrland“). Die Schaffung eines „Bürgerparks“ ist im B-Plan 7 „Nordufer Insel“ geregelt. Der Abwägungs- und Satzungsbeschluss wurde am 05.06.2013 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht (DS 13/SVV/0351). Aufgrund der Wechselwirkungen zwischen der Bebauung auf der westlichen Insel und dem Nordufer wurde die Vorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen bis April 2014 zurückgestellt.

Einzelhandelssituation

Der Ortsbeirat fordert eine größere Einzelhandelseinrichtung im Ortsteil. Hier wurde auf das beschlossene Einzelhandelskonzept von 2008 und seine derzeitige Überarbeitung verwiesen. Inzwischen ist das überarbeitete Konzept in die Stadtverordnetenversammlung im März 2014 eingebracht worden (DS 14/SVV/0150). Für Neu Fahrland ist weiterhin kein Nahversorgungszentrum vorgesehen, da dafür ein Einzugsgebiet von ca. 5.000 Einwohnern erforderlich wäre. Neu Fahrland hat jedoch nur rund 1.600 Einwohner, sodass es vom Nahversorgungszentrum Bornstedter Feld versorgt werden kann. Selbst bei weiterer Wohnbebauung auf der Insel Neu Fahrland selbst wäre ein größerer Lebensmittelbetrieb (Discounter, Supermarkt) nicht standortgerecht dimensioniert. Daher sollte die Versorgung über kleinteilige Angebote erfolgen. Eine Zusicherung, welche kleinteiligen Einzelhandelsbetriebe (bei Ansiedlungsinteresse) möglich wären, wurde dem Ortsbeirat bereits mit dem Beschluss des Einzelhandelskonzeptes 2008 gegeben (Stadtverordnetenversammlung vom 10.09.2008), sie gilt nach wie vor.

Um in Zukunft die disperse Siedlungsstruktur und die unterschiedlichen Einwohnerdichten besser berücksichtigen zu können, sieht das neue Einzelhandelskonzept vor, die bisher geltende Verkaufsflächenobergrenze von 300 m² für zentrenrelevante Sortimente abzuschaffen und dafür nahversorgungsrelevanten Einzelhandel zur Gebietsversorgung und auch großflächigen Lebensmittelhandel bei standortgerechter Dimensionierung innerhalb integrierter Lagen nach Einzelfallprüfung zuzulassen. Voraussetzung ist eine „Versorgungslücke“ mit einer ausreichenden Anzahl Einwohner. „Integriert“ ist ein Standort dann, wenn er städtebaulich in unmittelbar umgebende Wohnbebauung eingebunden ist.

Badestelle Stinthorn

Diese wurde bei einem Rundgang durch den Ort besichtigt. Die Landeshauptstadt betreibt dort keine offizielle Badestelle. Vielmehr wird sie von den Bewohnern im Rahmen des Gemeingebrauchs benutzt. Da die Eigentümerin zweier Flurstücke einen Pachtvertrag 2007 auslaufen ließ, da sie eine höhere Pacht durchsetzen wollte, war der Ankauf der Flurstücke vorgesehen, um die Badestelle langfristig für die Allgemeinheit zu sichern. Die Eigentümerin ist jedoch zu einem Verkauf nicht bereit. Daher wurde am 04.09.2013 eine Beschlussvorlage zum besonderen Vorkaufsrecht in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht (DS 13/SVV/0452) und sofort beschlossen.

Schulentwicklungskonzept

Hier fordert der Ortsbeirat eine weiterführende Schule im Potsdamer Norden. Der Schulentwicklungsplan 2014-2020 (DS 13/SVV/0800) wurde am 04.12.2013 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Er sieht einen Standort für eine weiterführende Schule am Nedlitzer Holz vor. In der aktuellen Diskussion in den Gremien der SVV wurde die Sicherung eines Standortes für eine weiterführende Schule im Entwicklungsgebiet Krampnitz diskutiert.

ruhender Verkehr am Stinthorn

Seit Einweihung der Heinrich-Heine-Klinik gibt es vermehrt Beschwerden der Anwohner über parkende Fahrzeuge im angrenzenden Einfamilienhausgebiet. Dazu wurde dem Oberbürgermeister vor Ort eine Petition der Anwohner übergeben. In diesem Zusammenhang wurde vereinbart, nach Fertigstellung weiterer Wohnbebauung eine erneute Prüfung eines Bewohnerparkbereichs durchzuführen. Diese Prüfung fand im 2. Halbjahr 2013 statt. Im Ergebnis wurde eine entsprechende Beschlussvorlage zur Einrichtung eines Bewohnerparkbereichs im Januar 2014 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht (DS 14/SVV/0021).

Besuch in Marquardt am 12.06.2013

Beim Rundgang und einem anschließenden Gespräch mit dem Ortsbeirat wurden folgende Themen angesprochen:

110 kV-Leitung

Der Ortsbeirat bekräftigte seinen Wunsch, dass die 110 kV-Leitung aus dem Ortsteil herausgelegt wird, so wie es die Landeshauptstadt im Planfeststellungsverfahren auch vom Vorhabenträger gefordert und gegenüber der Planungsbehörde verlangt hatte. In Gesprächen mit dem Vorhabenträger war erreicht worden, dass einer Umverlegung der Freileitungstrasse zugestimmt wird unter der Bedingung, dass alle Grundstückseigentümer, über die die neue Freileitung verläuft, sowie alle Träger öffentlicher Belange zustimmen. Die Landeshauptstadt hat im Anschluss Gespräche mit allen betroffenen Grundstückseigentümern geführt und eine grundsätzliche Zustimmung erreicht.

Restitutionsbelastete Grundstücke

Das Grundstück Hauptstraße 17, 17A und 17B (Wohnblock) befindet sich im Eigentum der Landeshauptstadt, auf ihm lastet jedoch ein vermögensrechtlicher Anspruch, über den das zuständige Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen noch nicht abschließend entschieden hat. Zu diesem Verfahren gehört auch der Gutspark Marquardt und weitere Grundstücke. Aufgrund des Restitutionsverfahrens ist die Landeshauptstadt in ihrer Verfügungsbefugnis eingeschränkt. Dingliche Rechtsgeschäfte oder das Eingehen langfristiger vertraglicher Geschäfte ist nicht möglich. Daher können auch keine umfassenden Sanierungsarbeiten an dem Wohnblock vorgenommen werden.

Seit 01.01.2013 wird der Wohnblock von der Gewoba verwaltet. Diese hat bestehende Mängel aufgenommen und wird diese im Rahmen der Möglichkeiten, die das Vermögensgesetz einräumt, sukzessiv abbauen.

Schilf- und Baumbewuchs am Badestrand

Am Badestrand im Gutspark Marquardt wächst Schilf- und Baumbewuchs, sodass die Badestelle nur eingeschränkt nutzbar ist. Der Ortsbeirat steht dazu mit der Stadtverwaltung in Kontakt. Aus naturschutzfachlichen Gründen ist eine grundsätzliche Beseitigung des Bewuchses nicht möglich.

Pflege Gutspark

Der Gutspark wird vom Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen regelmäßig gepflegt. Auftretende Probleme werden zwischen Ortsbeirat und Fachbereich besprochen.

Telefon- und Amtsanschluss

Der Ortsbeirat erneuerte den Wunsch nach einer Anpassung der Orts-Vorwahl für Telefonanschlüsse im Ortsteil an Potsdam. Für die Vergabe der Vorwahl ist die Deutsche Telekom AG zuständig. Seit der Eingemeindung wurde dieses Thema bereits mehrfach gegenüber der Telekom angesprochen.

Einkaufsmöglichkeiten

Der Ortsbeirat fordert eine größere Einzelhandelseinrichtung im Ortsteil. Hier wurde auf das beschlossene Einzelhandelskonzept von 2008 und seine derzeitige Überarbeitung verwiesen. Inzwischen ist das überarbeitete Konzept in die Stadtverordnetenversammlung im März 2014 eingebracht worden (DS 14/SVV/0150). In Marquardt sind kleinere Einzelhandelseinrichtungen, wie Dorfläden, Bäcker, Obst- und Gemüseläden möglich. Marquardt wird ansonsten von den Nahversorgungszentren Fahrland (ca. 6 km entfernt) und Bornstedt (ca. 7 km entfernt) versorgt. Im Zuge des Einzelhandelskonzeptes wurde in öffentlichen zwei Veranstaltungen in Fahrland und Marquardt die Nahversorgungssituation im Potsdamer Norden diskutiert. Deutlich wurde, dass es (unabhängig von der Regelung durch das Einzelhandelskonzept) aufgrund der geringen Einwohnerzahlen kein Ansiedlungsinteresse größerer Betriebe wie Discounter oder Supermärkte gibt, erfolgsversprechender sind daher alternative Konzepte.

Um in Zukunft die disperse Siedlungsstruktur und die unterschiedlichen Einwohnerdichten besser berücksichtigen zu können, sieht das neue Einzelhandelskonzept vor, die bisher geltende Verkaufsflächenobergrenze von 300 m² für zentrenrelevante Sortimente abzuschaffen und dafür nahversorgungsrelevanten Einzelhandel zur Gebietsversorgung und auch großflächigen Lebensmittelhandel bei standortgerechter Dimensionierung innerhalb integrierter Lagen nach Einzelfallprüfung zuzulassen. Voraussetzung ist eine „Versorgungslücke“ mit einer ausreichenden Anzahl Einwohner. „Integriert“ ist ein Standort dann, wenn er städtebaulich in unmittelbar umgebende Wohnbebauung eingebunden ist.

Besuch in Grube am 16.09.2013

Bei einem Rundgang durch den Ortsteil wurden folgende Themen angesprochen:

Bebauungsmöglichkeiten am Bahnhof Grube

Der Ortsbeirat setzt sich für neue Bebauung am Bahnhof Grube ein, wie es vor 20 Jahren einmal geplant war. Aus Gründen des Landschaftsschutzes und aufgrund einer fehlenden Zustimmung der Landesplanung ist das Vorhaben jedoch gescheitert. Daher wurde der Aufstellungsbeschluss für solch ein Planverfahren bereits vor Jahren aufgehoben. Eine veränderte Sachlage liegt nicht vor.

Querung für Radfahrer und Fußgänger am Bahnhof Grube

Am Bahnhof Grube werden die Bahngleise durch Fußgänger und Radfahrer unberechtigt überquert. Der Wunsch nach einer barrierefreien Querung der Bahngleise (Tunnel oder Brücke) kann aus finanziellen Gründen nicht entsprochen werden, da die Kosten gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz allein von der Landeshauptstadt zu tragen wären.

Wiederinbetriebnahme Bahnhof Grube

Im Landesnahverkehrsplan bis 2017 wird der Bahnhof Grube nicht aufgeführt. Hintergrund ist das geringe zu erwartende Fahrgastaufkommen. Mit einer Reaktivierung des am 22.05.1993 still gelegten Bahnhofes ist daher nicht zu rechnen. Eine Wiederinbetriebnahme müsste unter der Voraussetzung eines Nachweises des verkehrlichen Bedarfs begründet werden, was derzeit jedoch nicht erkennbar ist. Es bestehen Bus-Verbindungen zum Potsdamer Hauptbahnhof und zum Bahnhof Golm.

Bebauung der Straße Am Küssel (Außenbereichssatzung)

Der Ortsbeirat setzt sich für eine Schaffung von Baurecht zu Gunsten einer über die eingeschränkten Möglichkeiten des § 35 Abs. 4 BauGB hinausgehenden Erweiterungsoptionen entlang der Straße „Am Küssel“ ein. Gegenüber dem Ortsbeirat und der Stadtverordnetenversammlung hat die Verwaltung mehrfach über die Prüfung verschiedener Möglichkeiten geprüft (10/OBR/0030, 10/SVV/0257, 11/OBR/0180). Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.03.2014 (13/SVV/0648) soll die Verwaltung Möglichkeiten für Außenbereichssatzungen bis Oktober 2014 prüfen.

Pumpenhaus

Das Pumpenhaus ist Teil eines vernetzten historischen Entwässerungssystems, das heute noch in Betrieb ist. Das Pumpenhaus gehört zu technischen Anlagen, die das Golmer Luch entwässern. Das Pumpenhaus ist bisher nicht als Denkmal eingetragen. Aus Mitteln des Fachbereichs Grün- und Verkehrsflächen wird jedoch 2014 eine Erstsicherung des Gebäudes (Dach und Zugang) vorgenommen. Im Ortsteil soll ein Verein gegründet werden, der sich dem Pumpenhaus als Förderzweck annimmt.

Befestigung der Straße zum Schlänitzsee

Die Straße zum Schlänitzsee ist in einem schlechten Zustand. Daher wurde durch den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zugesagt, Ausbesserungsmaßnahmen zu ergreifen.

Müllplatz für Gärten am Schlänitzsee

Der Ortsbeirat wies am Schlänitzsee auf einen fehlenden Platz für die Zwischenlagerung von Müll der Erholungsgärten hin. Aufgrund der engen Wege muss ein zentraler Müllsammelplatz in der Nähe der öffentlichen Straße geschaffen werden. Die Verwaltung sagte zu, auf zwei Stellplätzen am Rande der Erholungsgartenanlage einen verschließbaren, satzungsgemäßen Müllplatz durch den Verwalter, die Gewoba, herzurichten.

Besuch in Groß Glienicke am 05.11.2013

Beim Rundgang durch den Ortsteil wurden folgende Themen angesprochen:

Sportplatz (Lärm/Klagen vor Oberverwaltungsgericht)

Zwei Anwohner klagen vor Verwaltungsgerichten mit dem Ziel, die Nutzung des Sportplatzes als Fußball- und Bolzplatz gerichtlich untersagen zu lassen. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen, da das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg noch nicht entschieden hat. Vor dem Verwaltungsgericht Potsdam hat die Stadt überwiegend obsiegt. Die Spielzeiten wurden durch das Gericht geringfügig eingeschränkt sowie die Verwendung von „Lärminstrumenten“ untersagt. Das Gericht führt dazu aus, dass der Sportplatz und seine Nutzung Bestandsschutz genießen und die Einrichtung eines Kleinspielfeldes in einem Wohngebiet baurechtlich zulässig ist.

alte Sporthalle

Die alte Sporthalle (für den Schulsport wurde eine neue Halle im Zuge des Schulbaus errichtet) wird durch den SC 2000 und einen Karateverein genutzt. Die alte Sporthalle ist in einem schlechten Zustand und kann aufgrund der knappen finanziellen Mittel bisher nicht in das Investitionsprogramm aufgenommen werden. Der KIS könnte daher nur durch Instandsetzungsarbeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel kleinere Ausbesserungsmaßnahmen vornehmen. Von den Nutzern wurde dazu am 28.10.2013 ein offener Brief an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Triftstraße ohne Bürgersteg

Zur Realisierung eines Bürgersteiges wäre Grunderwerb erforderlich. Da derzeit keine akute Gefährdungssituation erkennbar ist, stehen dafür keine Mittel im Investitionsprogramm zur Verfügung.

Baustelle Potsdamer Chaussee

Die Potsdamer Chaussee wurde für 50.000 € durch Erneuerung der Fahrbahndecke und Profilierung der Seitenbereiche instandgesetzt. Dies stellt eine Zwischenlösung bis zu einem möglichen grundhaften Ausbau dar. Dazu wird eine Planung durchgeführt. Ein Baubeginn steht jedoch nicht fest, da die Anliegerbeteiligung und die Finanzierung offen sind.

Besuch in Eiche am 14.11.2013

Beim Rundgang durch den Ortsteil wurden folgende Themen angesprochen:

Buswartehäuschen am Netto-Markt

Übereinstimmend mit der Beantwortung einer Anfrage zum gleichen Sachverhalt (11/SVV/0927) ist der behindertengerechte Ausbau der Haltestelle Kaiser-Friedrich-Straße nach wie vor Bestandteil des mittel- bis langfristigen Investitionsprogrammes zum Ausbau von Bushaltestellen der Landeshauptstadt in Ihrer Verantwortung des Aufgabenträgers ÖPNV. Die Errichtung neuer Wartehallen kann aus heutiger Sicht nicht zugesagt werden. Die Mittelverwendung erfolgt gemäß einer Prioritätenabwägung unter Berücksichtigung sämtlicher Haltestellen auf dem Gebiet der LHP. Hierzu zählen neben den gestalterischen Maßnahmen auch die Umsetzung von gesetzlichen Verpflichtungen und die Beseitigung baulicher Schäden bzw. Mängel.

Im Jahr 2011 wurde durch die ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH versucht, dem Anliegen des Fragestellers unabhängig des behindertengerechten Ausbaus der Haltestelle, mittels eines Werbevertrages im Rahmen der Haltestellenbewirtschaftung gerecht zu werden. Hier erfolgte jedoch eine Ablehnung des Werbestandortes und somit einer kostenneutralen Errichtung von Wartehallen. Entsprechend wären die Kosten für die Errichtung von Wartehallen durch die LHP zu tragen und sind aus o.g. Grund finanziell nicht gesichert.

Lindstedter Straße

Die Lindstedter Straße wurde 2013 durch eine Fahrbahnbefestigung auf einer Breite von 3 Metern mit anschließender Oberflächenversiegelung instand gesetzt. Das Regenwasser wird durch einfache Mulden abgeleitet. Im Jahr 2014 soll das Regenwasserproblem durch Herstellung unterirdischer Versickerungsanlagen gelöst werden.

Grundschule Eiche

Im neuen Schulentwicklungsplan wird ein Bedarf von 5 Mio. € für den Neubau einer Turnhalle im hinteren Bereich des Schulgeländes anerkannt. In der Investitionsplanung ist der Neubau von 2015-2017 vorgesehen. Der Bedarf ergibt sich aus den steigenden Schülerzahlen, die für die Grundschule von 320 Schülerinnen und Schülern 2012 auf 460 im Jahr 2020 stiegen sollen.

Das Buswartehäuschen vor der Schule (Haltestelle „Ecksteinweg“) konnte bis heute nicht aufgestellt werden, da der kleine Grünstreifen zwischen Schulzaun und Gehweg sich in Privateigentum befindet. Bereits im Zuge der Sanierung und Erweiterung der Schule beabsichtigte die LHP den Ankauf des Flurstücks, was jedoch an einem Mit-Eigentümer scheiterte.

Besuch in Golm am 14.11.2013

Nach einem Besuch der Brandenburgischen Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft wurden auf einem Rundgang folgende Themen besprochen:

Reiherbergstraße

Die Erneuerung der Reiherbergstraße im Teilabschnitt Eisenbahnunterführung war am 10.05.2012 begonnen und am 14.05.2013 abgenommen worden. Die Realisierung weiterer Teilabschnitte steht unter Finanzierungsvorbehalt.

Wirtschaftsweg/Radweg am Urnenfeld

Die Baumaßnahme „Am Urnenfeld“ ist Bestandteil der Radverkehrsanbindung des Wissenschaftsstandortes Golm an das Neue Palais und die Stadtmitte. Die Straße „Am Urnenfeld“ wurde durch eine Asphaltbefestigung auf einer Länge von 120 Metern instandgesetzt. Anschließend wurde der sich anschließende Wirtschaftsweg auf 820 Metern bis zum Kuhforter Damm asphaltiert. Die Gesamtkosten betragen ca. 303.000 €.

Gespräch mit dem Ortsvorsteher von Uetz-Paaren am 12.12.2013

In einem Gespräch mit dem Ortsvorsteher wurden folgende Themen angesprochen:

Parkplatz des Gutshauses Paaren

Der Ortsbeirat bemüht sich seit Jahren um eine Entwicklung des Gutshauses mit dem angrenzenden Parkplatz in der Potsdamer Straße zusammen mit umliegenden Flächen. Das Gutshaus ist im Eigentum der Landeshauptstadt, ist verfallen und benötigt einen Investor. Die nicht zum Parkplatz gehörenden Flächen nördlich des Gutshauses sind Wald und gehören der BVVG. Bereits bei Abstimmungen im Jahr 2009 (siehe 09/SVV/0806) wurde deutlich, dass ein Entwicklungskonzept benötigt wird, um Gutshaus, Parkplatz und BVVG-Flächen gemeinsam entwickeln zu können. Denkbar wäre eine gewerbliche Nutzung.

Widmung öffentlicher Wege

Aufgrund der Anfragen auch anderer Ortsteile und der Bedürfnisse landwirtschaftlicher Betriebe wurde ein neues Straßenwidmungsverzeichnis vorgelegt. Für die einzelnen Ortsteile wurden großformatige Kartenauszüge der jeweiligen Ortsteile gefertigt und Termine zur Abstimmung durchgeführt. Ziel ist ein neues Wegekataster.

Straßenentwässerung Uetzer Dorfstraße 7c

Für die Straßenentwässerung Uetzer Dorfstraße in Höhe der Nr. 7c wurde eine Vermessung durchgeführt, um einen Abflussgraben herstellen zu können. Die Maßnahme soll 2014 erfolgen.

Umgang mit Vereins- und Ortsfesten in den Ortsteilen (Gewerberecht)

Der Ortsvorsteher sprach die Kontrollen des Gewerbebeamtes beim Uetzer Dorfjubiläum an.

Eintragung in das Goldene Buch

Zum Abschluss des Jubiläums der Eingemeindungen durften sich bei einem Empfang am 11.12.2013 im Blauen Salon des Stadthauses sechs Vertreter der Ortsteile in das Goldene Buch eintragen, die sich als Ortschronisten, als Vertreter des ländlichen Raumes bzw. als langjährige Ortsvorsteher um die Landeshauptstadt verdient gemacht haben.

Anlage 2

Grußwort des Oberbürgermeisters zum Kommunalpolitischen Tag in Groß Glienicke am 26.10.2013

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher Blaser,
sehr geehrter Herr Ortsvorsteher Wartenberg,
liebe Stadtverordnete,
meine Damen und Herren,

heute vor 10 Jahren ist die Landeshauptstadt Potsdam deutlich größer, aber auch vielfältiger und abwechslungsreicher geworden.
Manchmal kommt es vor, dass wir auch nach 10 Jahren noch von „neuen“ Ortsteilen sprechen. Eingebürgert hat sich inzwischen aber auch der Begriff „nördliche“ Ortsteile.
Diese veränderte Wortwahl ist Ausdruck davon, dass die Ortsteile inzwischen als Normalität begriffen werden – sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern, als auch von der Politik oder der Verwaltung.

Sicher: Alle mussten sich an die neue Situation erst gewöhnen:

- Die Ortsteile, die ihre Unabhängigkeit verloren hatten und nun von Entscheidungen in der Friedrich-Ebert-Straße abhängig sind,
- die Verwaltung, die auf einmal für ein Drittel mehr Stadtfläche zuständig war.
- Aber auch die Politik, die es auf einmal mit unbekanntem Bürgern und unbekanntem Stadtverordneten zu tun hatten, die ganz neue Interessen vertraten.

Doch inzwischen haben sich Arbeits- und Abstimmungsroutinen eingestellt. Politik und Verwaltung wissen, mit welchen Vorgängen sie die Ortsbeiräte zu beteiligen haben.
Die Ortsvorsteher und ich führen regelmäßig Gespräche durch.
Die Ortsvorsteher nehmen auch an der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig teil.

Die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Ortsteilarbeit – aufgeschlüsselt nach der Einwohnerzahl – hat sich seit 2008 bewährt.
Und ehrlich gesagt: Über die personellen Verflechtungen zwischen Beiräten und Stadtverordnetenversammlung können sich die Ortsteile auch nicht beklagen.

Unbenommen gibt es noch liegen gebliebene Aufgaben. Darauf werde ich später noch einmal zurückkommen.

Meine Damen und Herren,

zum Zeitpunkt der Eingemeindung hatten wir uns ganz bewusst dafür entschieden, in den damals neuen und heute nördlichen Ortsteilen durch die Bürgerinnen und Bürger Ortsbeiräte wählen zu lassen.

Alle Ortsbeiräte wurden gebildet. Es gab also ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten.
Und alle wählten einen Ortsvorsteher oder eine Ortsvorsteherin.

Das ist auch 2008 wieder gelungen. Ich gehe davon aus, dass es auch bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr wieder so sein wird.

Ortsbeirat und Ortsvorsteher bilden eine Brücke zwischen den Ortsteilen auf der einen Seite und der Stadtpolitik und Stadtverwaltung auf der anderen Seite. Sie müssen einen Bogen spannen zwischen dem Erhalt der örtlichen Identität und der Einbindung in die Gesamtstadt.

Dieses Spannungsverhältnis zu moderieren, ist nicht immer einfach:
Auf der einen Seite stehen die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger aus dem Ortsteil.
Auf der anderen Seite sind die objektiven Möglichkeiten, mit den eigenen Anliegen in der Stadt Gehör zu finden, begrenzt.

Für Ihre Leistungen in diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen recht herzlich danken.
Einfach ist die Aufgabe auch deshalb nicht, weil die Ortsbeiräte natürlich nur begrenzte Zuständigkeiten haben.
Das kann auch nicht anders sein, ansonsten könnte man nicht von einer Eingemeindung sprechen.

Oft werden die begrenzten Möglichkeiten der Ortsbeiräte beklagt. Dabei wird jedoch übersehen, dass andere Stadtteile Potsdams nicht selten neidisch auf Ihre Möglichkeiten blicken. Dabei geht es nicht nur um die verfassungsrechtlich gesicherte Mitsprache bei Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft.

Es geht auch um die finanzielle Ausstattung, die mit jedem Haushaltsbeschluss den Ortsteilen und damit Ihren Vereinen, Feuerwehren oder Festen zubilligt wird. Immerhin rund 100.000 € jährlich, verteilt nach der Einwohnerzahl, erhalten die Ortsteile für ihre Ortsteilarbeit.

Die Kommunalverfassung legt dafür den Rahmen fest: Zur Förderung von Vereinen und Verbänden, zur Förderung und Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege oder für den Fremdenverkehr sowie für Ehrungen und Jubiläen dürfen diese Gelder ausgegeben werden. Für anderes aber nicht.

Desto wichtiger war es den Ortsteilen, dass sich die Landeshauptstadt klar zu ihren neuen Ortsteilen bekennt und mit Investitionen engagiert. Die Bilanz kann sich sehen lassen, auch wenn vielleicht nicht alle Wünsche, die mit der Eingemeindung verbunden waren, sofort erfüllt werden konnten. Immerhin konnte Potsdam nicht Versäumnisse sofort ausgleichen, die in den Jahren zuvor durch das Amt oder den Landkreis entstanden waren.

Ich kann und will hier nicht alles aufzählen. Doch erlauben Sie mir, wenigstens die großen Investitionen zu nennen: Dazu zählen Straßenbauten, wie der Busring Groß Glienicke oder die Erschließung des Wissenschaftsparks in Golm. Dazu zählen die Bahnhofsumfelder in Golm und Marquardt.

Dazu zählen Bau und Erweiterung mehrerer Kitas. Sport- und Freizeitanlagen, wie in Neu Fahrland oder Satzkorn, wurden neu gebaut. Die Feuerwehren wurden neu ausgestattet oder bekamen neue Gerätehäuser.

Im Gegensatz zu Investitionen der öffentlichen Hand sind die Investitionen privater Dritter jedoch oft heftig umstritten. Auf der einen Seite werden sie sehnsüchtig erwartet, wie mehr Einzelhandel in Fahrland oder Neu Fahrland, auf der anderen Seite lehnt man sie mit Hinweis auf die schöne Landschaft strikt ab, wie zum Beispiel im Friedrichspark.

Der Charakter der einzelnen Ortsteile scheint nicht immer geklärt:

- Möchte man Vorstadt sein oder bäuerlich geprägtes Dorf?
- Will man Verdichtung der Bebauung oder den Genuss der freien Landschaft?
- Sind die nördlichen Ortsteile „ländlicher Raum“ oder suburbane Siedlungen?

Auch innerhalb der Ortsteile scheint das nicht immer geklärt zu sein.

Ich spreche das deshalb an, weil viele Konflikte, die Ortsteile glauben mit der Stadtverwaltung zu haben, genau aus dieser ungeklärten Frage herrühren. Wir erleben es oft, dass sich zu unterschiedlichen Maßnahmen in den Ortsteilen unterschiedliche Lager bilden, die ganz normal ihre Interessen vertreten. Da unterscheiden sich die Ortsteile in keiner Weise von anderen Stadtteilen.

Die Idee, eine Art „Masterplan“ für die neuen Ortsteile aufzustellen, wird da nicht viel weiterhelfen, da es „die“ Ortsteile als eine Einheit gar nicht gibt. Das hängt mit ihrer Größe zusammen, ihrer Lage, ihrer Funktion für die Gesamtstadt – man denke nur an den Wissenschaftspark Golm – oder mit den Veränderungen, die die Ortsteile in ihrer Bevölkerung erleben.

Vielmehr wird es auch in Zukunft nötig sein, dass die Ortsteile ihre Interessen in die gesamtstädtischen Planwerke einbringen – vom Stadtentwicklungskonzept Verkehr über die Schulentwicklungsplanung bis hin zum Einzelhandelskonzept. Wenn die einzelnen Ortsteile da mit einer Stimme sprechen, werden Stadtverwaltung und Stadtpolitik diese nicht ignorieren.

Zu den unerledigten Aufgaben zählt jedoch für mich die Klärung unseres Umgangs mit der Landwirtschaft.

Dafür haben wir bisher kein Konzept. Es ist ja inzwischen zu einem geflügelten Wort geworden, dass Potsdam die Landeshauptstadt mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche ist. Ich gebe gern zu, dass wir die Konsequenzen daraus noch nicht wirklich gezogen haben.

Die Landwirtschaft als Aufgabe der Verwaltung haben wir den Landkreis Potsdam-Mittelmark machen lassen. Was die normale EU-Agrarförderung angeht, ist das auch in Ordnung. Wir werden uns jedoch stärker um die Entwicklungsperspektiven kümmern müssen. Den Stadtverordneten haben wir daher erst kürzlich mitgeteilt, dass wir in der neuen EU-Förderperiode ab 2014 einen neuen Versuch starten, in die entsprechenden Programme reinzukommen. Ich werde zu diesem Thema in Kürze auch ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landesbauernverbandes führen.

Ich wünsche uns heute eine angeregte Diskussion.

Möchte mich schon hier beim Ortsbeirat Groß Glienicke, vor allem Herrn Sträter, für die Initiative bedanken und hoffe, weitere Anregungen von Ihnen mitnehmen zu können.

Herzlichen Dank.